

*Und ich weiß auch, dass jene Rassisten, die mit krokodilsreichem Blick auf gestern vorgeben, Juden zu schützen, indem sie heute Hass auf Flüchtlinge schüren, meine Gegner sind. Judenhass ist Menschenhass.*

Saul Friedländer anlässlich einer Rede im Deutschen Bundestag am 27.1.2018

## **Weder Toleranz noch Respekt für Intoleranz!**

Gewidmet dem AfD-Parteitag in Braunschweig am 30.11./1.12. mit dem Aufruf, an der Gegen-demonstration teilzunehmen.

Viele führenden Personen der AfD stammen erstaunlicherweise aus der früheren Bundesrepublik:

Höcke:	Lünen	von Storch:	Lübeck
Kalbitz:	München	Meuthen:	Essen
Weidel:	Gütersloh	Pazderski:	Pirmasens
Gauland:	Dresden 1941, ab 1959 BRD.		

Die hohen Ergebnisse der Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen haben mir einen Schrecken eingejagt. Wie kann es sein, dass der in den 40 DDR-Jahren verlaubliche und vorgegebene „Antifaschismus“ seit einigen Jahren dazu führt, dass dennoch in den östlichen Bundesländern rechtsextreme Parteien hohe Ergebnisse hatten und haben? Mir wurde heiß und kalt, als ich von Höcke am Wahlabend der Thüringen-Wahl diese Aussage hörte: *Nach der nächsten Thüringen Wahl erreichen wir die absolute Mehrheit; ich halte das für möglich.*

### **Dazu eine historische Etappe in Thüringens Geschichte:**

**„Geschichte wiederholt sich – erst als Tragödie, dann als Farce.“ Karl Marx**

Am 23. Januar 1930 wurde Wilhelm Frick (NSDAP) im Land Thüringen Staatsminister für Inneres und Volksbildung in einer bürgerlichen Koalitionsregierung und somit der erste Minister der NSDAP zu Zeiten der Weimarer Republik. Frick war zugleich Stellvertreter des Vorsitzenden der Landesregierung unter Erwin Baum. Mit dem Namen Baum-Frick-Regierung wurde diese thüringische Landesregierung bekannt, eine Koalition aus Thüringer Landbund, NSDAP, Wirtschaftspartei, Deutschnationaler Volkspartei und Deutscher Volkspartei.

Frick war einer der wichtigsten Vertreter der NSDAP beim Erreichen der Macht, um über Deutschland zu herrschen. Die Thüringer Koalition zerbrach im April 1931.

In Thüringen waren die Nazis also zehn Monate vor der Koalition der Bürgerlichen mit der NSDAP im Freistaat Braunschweig im Oktober 1930 an der Macht beteiligt. Beide Koalitionen waren Gefüge, in denen der kurze NSDAP-Schwanz mit dem bürgerlichen Hunde wedelte

Frick sorgte in Thüringen für die „Reinigung“ der Kultur. In diesem Zusammenhang wurde der nationalsozialistische Fotograf Walter Hege, der auch mit Leni Riefenstahl zusammen arbeitete, ein engagierter Propagandist der Nationalsozialisten. Frick wurde im März 1937 Ehrenbürger der Stadt Wolfenbüttel. Nach 1945 kam Hege Wolfenbüttel sehr nahe und fotografierte kunstvoll in der Stadt. 2016/2017 sollten Fotos von ihm im geplanten Kunstpfad im Rathaus aufgehängt werden. Bisher ist das noch nicht ausgeführt worden.

### ***Hitler, der Nachtwächter von Hildburghausen/Thüringen***

Während Fricks Amtszeit in Thüringen versuchten die Nationalsozialisten, dem Österreicher Adolf Hitler die Deutsche Staatsbürgerschaft zuzuschustern. Thüringen schien dazu prädesti-

niert. Ihm wurde von der obigen Koalition das Amt des Gendarmeriekommissars im Städtchen Hildburghausen südlich von Jena angeboten. Als das später öffentlich bekannt wurde, jubelten die Karikaturisten, die Hitler als zukünftigen Nachtwächter in „Schildburghausen“ in der Presse darstellten. Der Braunschweiger SPD-Volksfreund nutzte diese Gelegenheit, die lokalen Nazis und ihren Führer ordentlich durch den braunen Kakao zu ziehen: Am 4. Februar 1931 erschien die Zeitung mit der großen Überschrift „Gendarm Hitler“ und dem genüsslichen Hinweis, der damalige Plan habe in Deutschland und darüber hinaus in der ganzen Welt ein einziges Gelächter hervorgerufen. Einige Seiten weiter setzte die Zeitung noch einen drauf und titelte: „Hitler als Nachtwächter.“ Einige Ausgaben später erschien die obige Karikatur. Hitler hat diesen Posten wütend abgelehnt. Wir wissen, in welchem Ländchen er dann die Staatsbürgerschaft erhielt: Braunschweig. Der Volksfreund, die linksseriöse SPD-Zeitung, führte die Verleumdung der Nazis und auch der Kommunisten mit platten und peinlichen Angriffen fort. Man kann das nicht als Widerstand bezeichnen. Nach der Machtübergabe an die politischen NS-Verbrecher rächten sich die Nazis nicht nur am Volksfreund.

Sicher, wir könnten Höckes Vorhersage der Machtübernahme nicht ernst nehmen und ihn deswegen nach Volksfreund-Art veralbern. Doch das reicht nicht, um ihn zu verhindern. Der kommende AfD-Parteitag in Braunschweig wird durch dortige Entscheidungen einen Weg weisen können, wie in Zukunft gegen die AfD vorgegangen werden kann. Meine Hoffnung ist, dass die Gegendemonstration nicht von selbsternannten „Linksradiakalen“ (BZ vom 26.10.2019) und durch ihre aggressiven Taktiken zum Erfolg der AfD führen.

Was einige AfD-Führer nach der Erringung der Macht mit Andersdenkenden tun wollen, haben wir schon mehrfach erfahren. Die Wolfenbütteler Zeitung, politischer Antipode des Volksfreund, schrieb am 5.2.1932: *Wir können uns unmöglich denken, dass Hitler dabei (bei seinem Wunsch, die deutsche Staatsbürgerschaft zu erlangen) vom Reichsrat oder von einem der dort maßgebenden Länder Schwierigkeiten in den Weg gelegt worden wäre. Ein Mann, der als Freiwilliger in einem deutschen Regiment den Weltkrieg mit Auszeichnung mitgemacht hat und der wiederholt vom Reichspräsidenten zu politischen Unterhandlungen herangezogen wurde, darf nicht wegen kleinlich wirkender Einwände vom deutschen Staatsbürgerrecht ausgeschlossen werden, wenn er sich bewirbt.*

Es gibt inzwischen eine Reihe von Höcke-Zitaten, die mir auch Schrecken einjagen. Höcke sucht gezielt Zitate aus der nationalsozialistischen Zeit, um sie dann nicht wortwörtlich vorzutragen, sondern in einer bearbeiteten Weise. So zum Beispiel dieses: *Heute, liebe Freunde, lautet die Frage nicht mehr Hammer oder Amboss, heute lautet die Frage Schaf oder Wolf. Und ich, liebe Freunde, meine hier, wir entscheiden uns in dieser Frage: Wolf.*

Hierzu drei Erläuterungen:

Ich fühle mich mit meinem Hinweis während der Halle-Gedenkfeier am jüdischen Denkmal in Wolfenbüttel zu hiesigen AfD-Mitgliedern, sie seien Wölfe im Schafsfell, durch Höcke bestätigt.



Eine Fraktion der Wölfe im Schafspelz mit blauer Markierung

Die Aussage mit Hammer und Amboss stammt vom ehemaligen Reichskanzler (1900 - 1909) Bernhard von Bülow, ob die Deutschen lieber Hammer oder Amboss sein wollen. Den Rest des Zitats hat der Geschichtslehrer Höcke offenbar einem Goebbels-Zitat entnommen:

*Wir gehen in den Reichstag hinein, um uns im Waffenarsenal der Demokratie mit deren eigenen Waffen zu versorgen. Wir wollen Reichstagsabgeordnete werden, um die Weimarer Gesinnung mit ihrer eigenen Unterstützung lahmzulegen. Wenn die Demokratie so dumm ist, uns für diesen Bären dienst Freifahrkarten und Diäten zu geben, so ist das ihre eigene Sache. Wir zerbrechen uns darüber nicht den Kopf. Uns ist jedes gesetzliche Mittel recht, den Zustand von heute zu revolutionieren. [...] Wir kommen nicht als Freunde, auch nicht als Neutrale. **Wir kommen als Feinde! Wie der Wolf in die Schafherde einbricht, so kommen wir.**<sup>1</sup>*

In der kürzlichen Landtagsdebatte zum Antisemitismus sagte der CDU-Fraktionsvorsitzende im Niedersächsischen Landtag, Dirk Toepffer: *Wer einer Partei beitrifft, der trägt Verantwortung.*<sup>2</sup> Dieses „mitgehangen“ sollten sich auch die hiesigen AfD-Mandatsträger nun endlich aneignen, die sich immer wieder larmoyant darüber beschwerten, als Extremisten behandelt zu werden.

Aus der AfD wird hervorgehoben, dass die Zeit des Nationalsozialismus nur ein kleinster Teil deutscher Geschichte gewesen war. Deshalb müsse die andere 1000jährige Vergangenheit weit mehr in den Vordergrund gestellt werden. Diese Aussage ist an Unsinnigkeit nicht zu überbieten. Die AfDler sollten sich über die Geschichtsvorträge im hiesigen Schloss-Museum informieren und die Arbeit des Braunschweigischen Geschichtsvereins registrieren. Da könnte man manchmal durchaus sagen, auch die Geschichte des NS oder die jüdische Geschichte sollte ab und zu berücksichtigt werden. In Wolfenbüttel gibt es tatsächlich ein Desiderat früherer Geschichte, die der jüdischen Gemeinde in der alten Stadt. In einem Vortrag im hessischen Landtag zum 27. Januar sagte Josef Schuster, Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland etwas, das auch in Wolfenbüttel, besonders an Pogrom-Gedenkfeiern, endlich mehr berücksichtigt werden sollte: *Es ist wichtig, das Judentum mit seiner ganzen Geschichte und Kultur zu zeigen, und Juden nicht nur als Opfer darzustellen.* (Jüdische Allgemeine, 1.2.2018)

## Zitate

Stephan Kramer, Generalsekretär des Zentralrats der Juden in Deutschland, sagte im März 2005 anlässlich einer Veranstaltung in der HAB: *Es ist ein großer Fehler, den Holocaust als das zentrale Element des jüdischen Lebens in Deutschland darzustellen.*

*Wer immer für den Bürgerfrieden wie die Weltgeltung unserer Nation, für die kulturellen und sittlichen Werte unseres Volkes Verantwortung fühlt, muß den Mut aufbringen, in der Abwehrfront gegen Judenhaß und Judenhetze seinen Mann zu stehen.*

**Dr. Richard Horlacher auf der Jahrestagung des „Vereins zur Abwehr des Antisemitismus e.V.“ im Juli 1930 in München. (Wolfenbütteler Zeitung, 12.7.1930)**

Frau Wagner Redding, Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde Braunschweig:

*Wenn in den vergangenen 30 Jahren etwas Antisemitisches passiert ist und in letzter Zeit verstärkt passiert, dann gibt es jedes Mal einen Aufschrei „Das darf nicht sein!“ Aber anschließend bleibt alles beim Alten. Es ist nicht fünf vor zwölf, es ist fünf nach zwölf.* (BZ, 2.11.2019)

**Bitte lesen Sie den untenstehenden Artikel aus der Jüdischen Allgemeinen vom 12.9.2019:**

---

<sup>1</sup> van Berk (Hrsg.): Der Angriff, Aufsätze aus der Kampfzeit, Franz Eher Nachf., München 1935, S. 71 u. S. 73 Was wollen wir im Reichstag?, in: Der Angriff vom 30. April 1928; Nachdruck in: Joseph Goebbels (Autor), Hans Schwarz.

<sup>2</sup> Braunschweiger Zeitung, 24.10.2019.



# Besuch aus Teheran: Gekonnt weggeduckt

Von Aron Sircar

**A**m vergangenen Freitag empfing Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller seinen Teheraner Amtskollegen Pirouz Hanachi und den iranischen Botschafter Mahmoud Farazandeh im Roten Rathaus zu einem »Arbeitstreffen«. Die Begegnung fand im Rahmen des Städtenetzwerks Metropolis statt, dessen Vorsitz Müller innehat.

Hanachi ist Revolutionsgardist. Zwar wird er dem Reformflügel in der iranischen Politik zugeordnet, doch fordert er regelmäßig lautstark die Zerstörung Israels, ist glühender Antisemit und hat kein Problem damit, Menschenrechte in seiner Stadt buchstäblich mit Füßen treten, Frauen steinigen, politische Oppositionelle foltern, religiöse Minderheiten jagen und Homosexuelle auch gerne mal an Baukränen aufhängen zu lassen. Der Empfang wurde daher bereits im Vorfeld heftig kritisiert. Zu Recht.

Müller aber beschwichtigte mit dem Hinweis, das Außenministerium unterstütze den Besuch – und er selbst werde die Gelegenheit nutzen, Israels Existenzrecht sowie Berlins freiheitliche Werte anzusprechen. Doch dieses Versprechen scheint den Regierenden Bürgermeister überfordert zu haben. Beim Fototermin konnte man fast den Eindruck gewinnen, Müller ducke sich weg. Fragen wurden nicht zugelassen.

Ein gut beratener Regierender Bürgermeister hätte Berlin nach außen sowie nach innen mit Würde und Selbstbewusstsein vertreten und in einer gemeinsamen Pressekonferenz politische Größe bewiesen, indem er berechnete kritische Fragen offen angesprochen hätte. All das wäre – mit ein wenig diplomatischer Finesse – durchaus möglich gewesen.

Dass es dazu jedoch nicht kam, entspricht leider der Tradition der SPD: Das Gesicht vor hofierten Regimes zu wahren, ist zu häufig wichtiger, als die eigenen Werte glaubwürdig zu vertreten. Wie diese dann aber noch eingefordert werden können, ist und bleibt ein Rätsel. Berlin erwartet mehr von seinem Chef. Und Berlins Freunde auch.

Jüdische Allgemeine, 12.9.19

Hat Frau Wagner-Redding Heuchler wie den im oben stehenden Artikel erwähnten Regierenden Bürgermeister von Berlin, Michael Müller (SPD), gemeint?

Dessen hofierende Haltung führt dazu, Solidaritätsbekundungen, vor allem die, an denen er teilnimmt, lächerlich zu machen.

## War die DDR ein Unrechtsstaat?

Bis zu Ihrem Ende 1989 sahen sich die SED-Kommunisten in der DDR als den einzigen und wahren antifaschistischen Staat Deutschlands. Eine potemkische Fassade. Während in der Bundesrepublik aus deren Sicht der kapitalistische und neofaschistische Klassenfeind geherrscht

haben soll, unterdrückten die die alten Männer des SED-Politbüros und ihre überzeugten Genossen das Land. Das gelang ihnen mit Menschenrecht verletzenden Maßnahmen, mit denen auch im „Dritten Reich“ in ähnlicher Weise Menschen geknebelt worden waren. Dieser Mythos der „antifaschistischen DDR“ lebt auch heute noch weiter, auch im Westen. Noch 2017 konnte die VVN im Wolfenbütteler Bildungszentrum mit der Ausstellung „Neofaschismus in Deutschland“ die DDR als den eigentlichen und antifaschistischen Staat vorstellen mit der daraus zu interpretierenden Einsicht: Hitler war ein Wessi. Die aktuelle Diskussion um die Frage, ob die DDR ein Unrechtsstaat war mit Aussagen, es hat auch viele guten Dinge in der DDR gegeben, erinnert mich an Aussagen meines Vaters zum Dritten Reich: Damals habe es auch gute Dinge gegeben, KDF und Eintopfsonntag und so ... und Hitler habe die Autobahnen gebaut. In einer Gedenkstunde im Bundestag sagte Gregor Gysi kürzlich, der Begriff Unrechtsstaat könne nur auf das Dritte Reich angewendet werden. Bodo Ramelow missbrauchte Fritz Bauer mit dessen Bezeichnung des Dritten Reiches als Unrechtsstaat, weshalb der Begriff nicht auf die DDR angewendet werden könne. Eine sprachdiktatorische Anmaßung gepaart mit Beschönigung. Riecht mir nach AfD.

Frankfurter Rundschau, 16.1.1999

## Brie vergleicht DDR mit dem NS-Staat

bel/Vbn BERLIN, 15. Januar. Der PDS-Politiker André Brie hält das kommunistische System unter bestimmten Aspekten für „totalitärer“ als den Nationalsozialismus. In einem FR-Interview sagte Brie am Freitag: „Totalitärer waren Sowjetkommunismus und DDR im Anspruch, alles unterzuordnen unter einen gestaltenden gesellschaftlichen Willen.“ Er fügte



### FR-INTERVIEW

Die DDR war unter bestimmten Aspekten „totalitärer“, sagt Brie. Seite 5.

allerdings hinzu, „verbrecherischer“ als das Hitler-Regime sei die DDR „ganz und gar nicht“ gewesen.

Brie, der beim Parteitag am Wochenende sein Vorstandsamt aufgeben will, ist in der PDS wegen Äußerungen zur SED-Vergangenheit und seiner Forderung nach einem programmatischen Reformkurs umstritten. „Ich weiß auch, wie weh ich vielen in der PDS tue“, sagte er, und griff seine Kollegen aus der Parteiführung heftig an. Die Bewerbungen für den Vorstand böten „so wenig Auswahl wie noch nie in der Geschichte der PDS“, bemängelte er: „Das hat mit Demokratie nichts zu tun.“